

18. X. 1917

Wiederzusammentritt der italienischen Kammer.

Wien, 17. Oktober.

Die italienische Kammer ist wieder zusammengetreten. Die unausbleibliche Krise des Kabinetts ist in der Eröffnungsitzung noch nicht akut geworden. Nach einer Rede Bosellis, die inhaltlich nach dem vorliegenden Bericht nichts besagte, ist die Erörterung der Regierungspolitik bis zur Budgetberatung verschoben worden. Der Sozialist Enrico Ferri hat seinen Friedensantrag, von dem schon die Rede war, eingebracht; er verlangt im wesentlichen einen Verständigungsfrieden. Die Debatten dürften in den nächsten Tagen recht lebhaft werden.

Eine Erklärung Bosellis.

Rom, 16. Oktober.

Die Agenzia Stefani meldet: Die Kammer hat ihre Arbeiten wieder aufgenommen.

Die Tagung wurde vom Kammerpräsidenten Marcora mit einer Ansprache eröffnet, in der er ausführte, daß die militärischen Anstrengungen Italiens nicht zu einem deutschen oder unentschiedenen Frieden, sondern zu einem siegreichen Frieden führen müßten, der die völlige Einigung Italiens verwirklichte.

Ministerpräsident Boselli schloß sich den Erklärungen des Präsidenten Marcora namens der Regierung an und führte aus, Italien habe den Krieg für seine nationalen Ansprüche unternommen und werde in diesem Sinne bis zum vollständigen Siege innig und unlöslich mit den Verbündeten vereint bleiben. Die italienische Politik sei auf der Hut gegen Illusionen, welche man unter dem Vorzeichen erwecke, den Frieden des Rechtes und der Gerechtigkeit anzunähern, während man vielmehr den Frieden entferne. Die Feinde sprechen vom Frieden, streben aber an, Zwietracht unter den Verbündeten zu säen, bei den Völkern falsche Hoffnungen zu verbreiten und die Kräfte der für Freiheit und Demokratie kämpfenden Völker zu zerlegen. Italiens Soldaten gehen von Sieg zu Sieg und seien fähig, alle Proben zu bestehen. Der König von Italien habe kürzlich nach Frankreich und Belgien den Gruß der gestrigen, heutigen und morgigen Verbrüderung der siegreichen italienischen Waffen mit den siegreichen verbündeten Waffen überbracht. Die Regierung sorge dafür, daß der Geist im Lande nicht niedergedrückt werde und Eintracht herrsche, wie sich diese im Hinblick auf diejenigen gezieme, welche für das Vaterland kämpfen und sterben. Das Parlament möge dem Volke den Weg der Eintracht weisen und abermals mögen die Feinde lernen, daß Italien unbesiegbar sei. (Beifall.)

Ein Mißtrauensantrag der Sozialisten.

Nachdem sodann über die seit der letzten Tagung erfolgten Personalveränderungen im Ministerium Mitteilung gemacht und vom Schatzminister der Gesetzentwurf, betreffend ein viermonatiges Budgetprovisorium, vorgelegt worden war, ergriff der sozialistische Abgeordnete Modigliani das Wort, um sein Befremden darüber auszusprechen, daß die Regierung abermals gewagt habe, vor dem Parlament so leeres Stroh zu dreschen. Die Mitteilungen über die Personalveränderungen im Ministerium genügten immerhin, um anzuzeigen, welche Krise der Desorientierung und der Mangelhaftigkeit die Regierung durchmache. Namentlich die Frage der Approvisionierung und des Verbrauches habe ihre grundlegende Bedeutung für das Geschick des ganzen Landes unheimlich offenbart und das Parlament dürfe dem Ministerium nicht erlauben, durch einen Personenwechsel oder durch allerlei sonstige Vertuschungen und Verschiebungen den Tatbestand zu verschleiern und die Verantwortung abzuschieben. Damit, daß man den Generalkommissär Canepa dem persönlichen Interesse des Ministers des Innern Orlando und anderer Minister geopfert habe, sei nichts erreicht worden. Auch die Vereinbarungen mit den Verbündeten über die Approvisionierung Italiens scheinen nichts zuwege zu bringen. England gebe nichts her aus, was es für sich selbst brauche.

Der Präsident unterbricht den Redner mit den Worten: Diese Ausführungen gehören nicht zur Tagesordnung.

Abgeordneter Modigliani: Der Wehrauch Ihrer hysterischen Lobreden gehört auch nicht hieher! Die Kammer müsse auch wissen, mit welchem Recht in den Provinzen Alessandria, Genua und Turin der Belagerungszustand erklärt und von der obersten Heeresleitung politische Äußerungen und Strafandrohungen selbst gegen Bürgerliche in einer bürgerlichen Angelegenheit gemacht worden seien. Das Parlament beanspruche ein Kontrollrecht auch über die oberste Heeresleitung. Hoffentlich werden nunmehr die Behauptungen von einer angeblichen nationalen Eintracht von ersprießlichen politischen Debatten abgelöst, damit Italien einen Ausweg aus dem Kriege finde.

Gegen den Antrag des Abgeordneten Modigliani über eine Tagesordnung, welche besagt, daß die Regierung nicht zureichende Achtung vor den parlamentarischen Vorrechten habe, abzustimmen, erhob der Ministerpräsident Einwendungen, welche darauf hinausliefen, daß die Veränderungen im Ministerium das Wesen des Kabinetts nicht berührt haben und die Erörterung des Budgetprovisoriums